

AKTUELL

ENERGIEPOLITIK

Kein Konsens zur Kernkraft

Joël Adami

Am vergangenen Dienstag diskutierte das Parlament über die Haltung Luxemburgs zur Kernkraft. Einen nationalen Konsens gegen Atomstrom scheint es nicht mehr zu geben.

Kernkraft ist wieder Thema in Luxemburg. Den kurzfristigen Hype, der vor einigen Jahren durch das Versprechen von kleinen, modularen Reaktoren ausgelöst wurde, hat die Luxemburger Politik zwar verschlafen, doch durch eine Aussage von Premierminister Luc Frieden (CSV) am 21. März in Brüssel sind Reaktoren wieder auf der Tagesordnung (siehe woxx 1780). Am Dienstag diskutierte die Chamber auf Anfrage von Déi Lénk.

Deren Abgeordneter David Wagner betonte in seiner Rede, dass Kernkraft nicht ohne staatliche Subventionen überleben könne, und lehnte dementprechend die Ausschüttung von EU-Geldern für Kernkraftwerke ab, wozu er eine Motion einbrachte. Die Sicherheit Luxemburgs werde, so Wagner, nicht nur von grenznahen Reaktoren in Gefahr gebracht, sondern auch von jenen, die weiter entfernt stünden, beispielsweise in den Niederlanden. Wagner wünschte sich vor allem eine Aussage zur Position der Regierung in Sachen Kernkraft „ohne Ambiguitäten“. Außerdem brachte er zwei weitere Anträge ein, anhand derer der Luxemburger Pensionsfonds und Banken mit staatlicher Beteiligung aufgefordert werden sollten, keine Investitionen in Kernkraft zu tätigen.

Die Redner von LSAP und Déi Gréng, Georges Engel und François Bausch, argumentierten recht ähnlich. „Ich dachte, das Thema sei gegessen“, wunderte sich Engel, der wie Wagner auf die langen Bauzeiten und das Risiko von Unfällen hinwies. Es sei heuchlerisch, sich einerseits für die Schließung grenznaher Kernkraftwerke einzusetzen und andererseits Investitionen in Kernkraft zu unterstützen, hielt er CSV und DP vor.

Cattenom schließen oder ...

Bausch erinnerte an das französische Kernkraftwerk Fessenheim, dessen Laufzeit durch den Einsatz Deutschlands, insbesondere der baden-württembergischen Landesregierung, nicht verlängert wurde. Die Luxemburger Regierung müsse sich nun anstrengen, „um den Schrottreaktor in Cattenom endlich zu schließen“, so Bausch. Marc Goergen (Piraterpartei) forderte einen Importstopp von Atomstrom, der ungefähr fünf bis sechs Prozent im Luxemburger Strommix ausmacht.

Die Argumentation der Koalitionsabgeordneten Jeff Boonen (CSV) und Luc Emering (DP) war etwas widersprüchlicher. Beide betonten zwar, gegen Kernkraft zu sein und erneuerbare Energieformen zu bevorzugen, jedoch müsse man die Entscheidungen anderer Länder akzeptieren und Geld in die Forschung für Kernfusion und Entsorgung radioaktiven Abfalls investieren. Emering bemühte sogar den Schutz der Fledermäuse, der einem schnellen Ausbau von Windkraft in Luxemburg im Weg stehe. Auf Nachfrage der woxx wollte er allerdings nicht sagen, welche Fledermausarten er nicht für schützenswert hält. Es gehe lediglich darum, „eine Balance zu finden zwischen Natur- und Artenschutz und dem Ausbau erneuerbarer Energien“.

... lieber den Mund halten?

Der Redner der rechtspopulistischen ADR betonte, dass sich viele Länder für eine „Verdreifachung der Kernkraft“ ausgesprochen hätten und man sich als Luxemburg nicht einbilden könne, es besser zu wissen. Seine Partei leiste „Widerstand“ gegen den Luxemburger Anti-Atom-Konsens. Weidig unterschlug dabei die Tatsache, dass durch die altersbedingten Schließungen von Kraftwerken jeden Monat ein neues in Betrieb gehen müsste, um die Kapazität bis 2030 auf dem Stand von heute zu halten. Der Aufruf, die Kapazitäten zu verdreifachen, wurde vor allem von Staaten unterzeichnet, deren Nuklearindustrie Probleme hat, neue Kraftwerke zu verkaufen (woxx 1764).

Energieminister Lex Delles (DP) betonte, dass Luxemburg für 84 Prozent seines Stroms auf Importe angewiesen sei und deswegen „zurückhaltend“ sein sollte. Der Ausbau erneuerbarer Energien im Inland sei die Priorität der Regierung. Auch Premierminister Frieden bekräftigte seine Meinung, man müsse die Energiepolitik anderer Länder „als Fakt akzeptieren und respektieren“. Es sei nicht seine Aufgabe, andere zu überzeugen – eine Aussage, die in der europäischen Steuerpolitik vermutlich nicht so fallen würde.

Die Energiepolitik der CSV-DP-Koalition verstrickt sich in Widersprüche. Einerseits ist man für die Schließung der grenznahen Reaktoren, andererseits will man anderen Ländern auf keinen Fall vorschreiben, auf welchen Energiemix sie setzen. Bisher sind keine Signale dafür zu sehen, dass die Regierung sich gegen eine Laufzeitverlängerung des grenznahen Kernkraftwerkes stark macht. Der nationale Konsens ist aufgebrochen. Welche Halbwertszeit die Kernkraft-Diskussion in Luxemburg hat, ist noch unklar.

SHORT NEWS

Adapto-Dienst soll adaptiert werden

(mes) – Adapto, der Transportdienst für Personen, die aufgrund einer Behinderung nicht auf den öffentlichen Transport zurückgreifen können, soll in den kommenden Wochen verbessert werden. Damit geht das Ministerium auf drei von fünf Forderungen von Info-Handicap ein. Am 6. Mai traf sich die NGO mit der Mobilitätsministerin Yuriko Backes (DP), so Info-Handicap in einem Presseschreiben des darauffolgenden Tages. Auf der Tagesordnung stand eine rezente Meinungsumfrage der NGO zur Zufriedenheit mit Adapto. Von insgesamt 197 Befragten nutzten 75,13 Prozent den Dienst mindestens einmal im Monat. Trotz der hohen Nutzer*innenanzahl gaben einige Befragten an, den Dienst aufgrund seiner Unzuverlässigkeit nicht länger zu nutzen. So hat auch eine Mehrheit angegeben, auf Probleme bei der Buchung (76,14 Prozent) oder während der Fahrt (72,08 Prozent) gestoßen zu sein. Auch mit dem Fahrpersonal gibt es laut den Umfrageergebnissen Probleme: Der Rollstuhl würde oft nicht richtig angeschnallt und Kund*innen am falschen Ort abgesetzt. Das Personal müsse spezifische Bedürfnisse von Kund*innen besser berücksichtigen, forderte Info-Handicap während des Treffens mit Backes. Daraufhin teilte das Ministerium mit, es werde zusammen mit Info-Handicap Angebote zur Weiterbildung des Fahrpersonals entwickeln. Zudem sollen für Mitte Mai die mobile Anwendung aktualisiert und die Anrufzentrale verstärkt werden. Auf die zwei anderen Empfehlungen von Info-Handicap – eine Prüfung und Neugestaltung des Dienstes in Zusammenarbeit mit Menschen mit Behinderung, sowie die Einführung eines Verfahrens im Falle von Fehlfunktionen – ging das Ministerium noch nicht ein.

Die Meinungsumfrage finden Sie auf: <http://woxx.eu/a7a5>

Une année en or pour les banques

(fg) – Les banques ne connaissent pas la crise : alors que l'économie du pays était en récession l'an dernier (-1 %), les 118 établissements bancaires recensés dans le pays affichaient un résultat net annuel en hausse de 67 %, soit 6,6 milliards d'euros, un record. Petit florilège : BGL BNP Paribas voit son résultat augmenté de 40 % sur un an, avec un bénéfice net de 577 millions d'euros ; Raiffeisen enregistre un bond de 85 %, qui porte ses bénéfices nets à 43,9 millions d'euros ; la Banque et caisse d'épargne de l'État (BCEE) affiche 400,7 millions d'euros de bénéfices nets, soit une hausse de 70,8 % par rapport à 2022. Lors de la présentation de leurs bilans, ces dernières semaines, les dirigeants des banques ont reconnu, parfois du bout de la langue, que ces résultats exceptionnels étaient le fruit de la hausse des taux d'intérêt, dont les ménages et les entreprises payent l'addition. La Spuerkees, établissement public autonome, qui a notamment pour mission de promouvoir l'épargne et faciliter l'accès au logement, est dans le collimateur de Déi Lénk, qui la prend pour symbole à l'occasion d'un piquet de protestation organisé devant son siège de la place de Metz, ce vendredi 10 mai. « Les ménages étouffent en raison de taux d'intérêt exorbitants alors que les banques se remplissent les poches et engrangent des bénéfices records », écrit le parti de gauche. Devant la presse, le président du conseil d'administration de la Spuerkees, Camille Fohl, avait pris soin de préciser, le 24 avril, que « les chiffres ne sont pas une fin en soi ». Bien sûr.

Forum 437: Rentenreform

(ja) – Ein Kartenhaus in den Nationalfarben, das im Begriff ist, einzustürzen – dieses Motiv zielt das Cover der neusten Ausgabe des Forum. Die beschäftigt sich zum Großteil mit der Rentenreform. Die Redaktion versteht ihr Dossier als „Handbuch“ für alle, die begreifen wollen, weshalb sich künftige Diskussionen häufig um das Thema Rente drehen werden. Der Schwerpunkt ist ausführlich gestaltet, zeigt die Entwicklung und den aktuellen Stand der Debatte auf, analysiert, an welchen Stellschrauben die Regierung drehen könnte und beschreibt die Standpunkte verschiedener Verbände und Gewerkschaften. Ein Diagramm veranschaulicht, wie das Rentensystem in Luxemburg funktioniert, ein Artikel der ASTM-Mitarbeiterin Nadine Haas zeigt auf, wie (wenig) nachhaltig die Investitionen des Luxemburger Pensionsfonds sind. Am Ende liefert die forum-Redaktion einen Vorschlag für eine „forum-Rentenreform“. Am 14. Mai um 18:30 Uhr lädt die Zeitschrift zu einem „Public Forum“ mit den Jugendparteien in die Rotunden. Thema wird hier ebenfalls die anstehende Rentenreform sein. Davon abgesehen behandelt das Forum einige Themen, die (wieder) aktuell sind: So kann man Artikel über die Geschichte der Revolution in Portugal, eine Analyse der Rechtsaußen-Parteien in Europa und die (nicht gegebene) Zukunft der Kernkraft lesen.